

Laibacher Zeitung.

Nr. 227.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dinstag, 6. Oktober

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 1. Oktober d. J. in Anerkennung der besonderen Verdienste um die österreichisch-ungarische Polar-Expedition Allerhöchstherrn Orden der eisernen Krone dritter Klasse taxfrei dem Linien-Schiffskapitän Gustav Brosa, dem Linien-Schiffsführer Eduard Drel und dem Regimentsarzt Dr. Julius Répes;

das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens dem Capitän der österreichischen Mercantil-Marine Peter Lusina und dem Capitän der norwegischen Mercantil-Marine Elnig Carlßen;

das silberne Verdienstkreuz mit der Krone den Matrikeln: Anton Becerina, Anton Cattarinich, Anton Scarpa, Anton Zaninovich, Vincenz Palmich, Joseph Latkovich, Jakob Suci, Franz Pettis, Peter Falleich, Anton Lukinovich, Georg Stiglich, Lorenz Marola, Johann Drasch, Joseph Pospischil, Alexander Rlog und Johann Haller allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht
vom 28. September 1874, Z. 13634,
an die Präsidien der Commissionen für die theoretischen Staatsprüfungen.

Die immer wiederkehrenden Klagen über die ungenügenden Resultate des rechts- und staatswissenschaftlichen Facultätsstudiums bestimmen mich, an die Präsidien der theoretischen Staatsprüfungs-Commissionen die nachdrücklichste Aufforderung zu richten, dahin zu wirken, daß die Staatsprüfungen mit größter Strenge als bisher vorgenommen werden. Die Staatsprüfungs-Commissionen haben sich vor Augen zu halten, daß es in der rechts- und staatswissenschaftlichen Praxis keineswegs an Nachwuchs überhaupt, wohl aber an tüchtig vorgebildetem Nachwuchs fehlt und daß daher den obwaltenden Bedürfnissen nur durch strengste Sichtung der Prüfungscandidaten und unnahegelegte Zurückweisung jeder ungenügenden Leistung entsprochen wird.

Im einzelnen finde ich zur Wahrung und Ergänzung der Bestimmungen der Ministerialverordnungen vom 16. April und 20. Juni 1856, Z. 5877 und 9576, nachfolgendes anzuordnen:

1. Die Specialcommissionen sind so zusammenzusetzen, daß bei jeder staatswissenschaftlichen Staatsprüfung mindestens ein Professor, bei jeder rechtshistorischen und juristischen Staatsprüfung mindestens zwei Professoren mitwirken. Nur ausnahmsweise kann an Stelle eines Professors ein der Prüfungscommission angehöriger Privatdocent beigezogen werden.

2. Die im § 50 der Verordnung vom 20. Juni 1856 festgesetzte Prüfungsdauer darf in keinem Falle abgekürzt werden, dagegen ist sie dort, wo sie zu einer völlig sicheren Beurtheilung der Leistung des Candidaten nicht genügt, entsprechend zu verlängern.

3. Bei jeder Prüfung ist so weit als möglich zu erforschen, ob sich der Candidat des ganzen Prüfungsgegenstandes bemächtigt hat. Es ist insbesondere durch eine größere Anzahl von Fragen, welche verschiedene Gebiete berühren, dem vielfach eingerissenen Unfuge zu steuern, daß die Candidaten die Vorbereitung aus ganzen Abtheilungen eines Prüfungsgegenstandes unterlassen.

4. Bei allen Prüfungen ist vorwiegend danach zu forschen, ob der Candidat die genügende formale juristische Bildung erlangt habe, ob er also scharfer juristischer Auffassung, eines selbständigen Urtheils, einer correcten juristischen Ausdrucksweise fähig sei, ob er die Symptomatik des Gegenstandes erfaßt habe und ob es ihm gelinge, vermittels der erlangten Kenntnisse auch solche Fragen zu beantworten, auf welche eine besondere Vorbereitung nicht möglich war. Dagegen ist kein Gewicht auf bloßes Gedächtniswerk zu legen, welches nur für die Prüfung erworben und nach der Prüfung wieder vergessen wird.

Dienach ist insbesondere bei der rechtshistorischen Staatsprüfung festzuhalten, daß es sich erst in zweiter Linie um die positiven Einzelheiten des römischen, canonischen und deutschen Rechtes, in erster Linie aber darum handelt, zu constatieren, ob der Candidat an diesen Wobellen, insbesondere an den klaren und reinen Formen des römischen Rechtes, die juristischen Grundbegriffe erfaßt habe. Candidaten, welche in dieser Rich-

tung nicht genügen, sind unbedingt zurückzuweisen, wenn sie auch noch so genaue Detailkenntnisse dargezogen hätten.

Bei der juristischen Staatsprüfung ist zwar vollständige Kenntnis der dort zur Prüfung gelangenden positiven Fächer zu fordern, doch ist auch hier auf untergeordnetes Detail nicht einzugehen, sondern mehr danach zu forschen, ob der Candidat sich des Prüfungsstoffes formell bemächtigt habe und einer freien Behandlung desselben fähig sei.

Desgleichen ist bei der staatswissenschaftlichen Staatsprüfung vor allem zu constatieren, ob der Candidat die volks- und staatswirtschaftlichen Grundbegriffe klar und präcise erfaßt habe und zu einer selbstständigen Anschauung vorgebrungen sei. Bei der Prüfung aus der österreichischen Statistik sind jedesmal einige Fragen zu stellen, welche den Verfassungsgehalt des österreichischen Staates und die wichtigsten administrativen Einrichtungen zum Gegenstande haben.

Im allgemeinen ist bei jeder Prüfung der Gesichtspunkt festzuhalten, daß nur solche Fragen gestellt werden sollen, welche den Gegenstand selbst betreffen und bei jedem verständigen Bildungsgange beantwortet werden können. Fragen, welche eine specielle Richtung der Vorbereitung voraussetzen, z. B. nach besonderen Eintheilungen, besonderen Definitionen und dergleichen, welche nur dieser oder jener Autorität angehören, nur in diesem oder jenem Lehrbuche gefunden werden können, sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

5. Persönliche Verhältnisse der Candidaten, welche auf das Prüfungsergebnis einwirken, z. B. ungenügende Kenntnis der Prüfungssprache, Erkrankung während der Vorbereitung zur Prüfung u. dgl., können nicht berücksichtigt werden. Die Prüfungsanforderungen sind für alle Candidaten gleich. Wer aus was immer für einem Grunde nicht entspricht, ist zurückzuweisen. Hat der Candidat den Grund seiner Zurückweisung nicht verschuldet, so erscheint dies als ein in seiner Person eingetretener Unglücksfall, den nur er selbst, nicht das an dem Prüfungsergebnisse beteiligte öffentliche Wesen zu tragen hat.

6. Es ist festzuhalten, daß nach § 92 der Verordnung vom 20. Juni 1856 jeder Prüfungscommissär sein Votum nach dem Gesamtergebnisse der Prüfung abzugeben hat. Wenn daher ein Candidat auch nur aus einem einzigen Verhältnisse oder selbst nur aus einer wichtigeren Abtheilung eines solchen nicht entsprochen hat, so ist er zurückzuweisen, wenn er auch auf anderen Gebieten noch so vorzügliche Kenntnisse dargezogen hätte.

7. Mit der Ertheilung von Auszeichnungen ist sparsamer vorzugehen als bisher. Die große Anzahl der in jedem Jahre zuerkannten Auszeichnungen bildet einen auffallenden Contrast zu den Klagen über die geringe Vorbildung der in die Praxis übertretenden Juristen. Es ist festzuhalten, daß auch die richtige Beantwortung aller gestellten Fragen noch keinen Anspruch auf die Auszeichnung gewährt, sondern daß hierzu ein das Maß einer guten Vorbereitung erheblich übersteigendes Wissen und eine vorzügliche formelle Schulung verlangt werden muß.

Ich beschränke mich auf diese Bemerkungen, da ich überzeugt bin, daß es der ausgezeichneten Leitung der Herren Commissionsvorsitzende wie der bewährten Einsicht der Herren Prüfungscommissäre auch ohne weitere Weisungen gelingen wird, die von mir gewünschten Resultate zu erzielen. Es war lediglich meine Absicht, die Mitglieder der Prüfungscommissionen aufmerksam zu machen, daß sie sich nicht durch ein — gewiß sehr begreifliches — Wohlwollen und Mitgefühl abhalten lassen sollen, diejenigen Anforderungen zu stellen und diejenigen Urtheile zu fällen, welche sie selbst als die richtigen und verdienten erkennen. Bei Verwaltung eines öffentlichen Interesses dürfen wir nicht so vorgehen, wie es unsere subjective Sinnung, sondern nur so, wie es das uns anvertraute öffentliche Amt verlangt.

Wien, am 28. September 1874.

Der Minister für Cultus und Unterricht:
Stremayr.

Journalstimmen vom Tage.

Die wiener Journale beschäftigen sich mit der erfolgten Einberufung des Reichsrathes auf den 20. Oktober und mit den durch ein Allerhöchstes Handschreiben erfolgten Berufungen von acht Mitgliedern auf Lebensdauer in das Herrenhaus des österreichischen Reichsrathes. Die „Presse“ sagt:

„Die durch kaiserliches Handschreiben an den Minister des Innern erfolgte Einberufung des Reichsrathes

auf den 20. Oktober trifft das Reich in großer politischer Windstille. Zwar sind die Landtage versammelt und in voller Thätigkeit; allein das Bild der letzteren ist ein friedliches. Die landtägige Thätigkeit macht jetzt den Eindruck einer großartigen Werkstatt, in welcher fleißig gearbeitet wird, etwa einer Fabrik mit siebzehn Webstühlen, an welchen die Schiffe mit geräuschloser Emsigkeit hin- und herfliegen. Früher als ein politisches Ereignis gefeiert, bekommt die Einberufung des Reichsrathes immer mehr einen geschäftsmäßigen Charakter, ein Umwandlungsprozeß, der von dem Erstarken unseres Verfassungslebens die zuverlässigste Probe abgibt. Die Reformthätigkeit wird nun eine ruhigere, sachlichere, feiner können. Auch das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Gruppen des Hauses wird consolidirtere Formen annehmen und so dürfen wir hoffen, daß die Fragen mit Eifer, aber ruhig in Angriff genommen und einer geordneten Lösung werden zugeführt werden.“

Die öffentlichen Blätter haben sich aus Anlaß einer Correspondenz der „Allg. Ztg.“ eines neuen Schlagwortes bemächtigt, welches darauf hinausläuft, der Regierung die Absicht einer Beschränkung der Gemeinde-Autonomie zu unterstellen. Ein Correspondent der „Bohemia“ nimmt die Regierung gegen diesen Vorwurf in Schutz und sagt: „Vergebens wird man in der gesamten bisherigen Regierungaction und in den in den Landtagen abgegebenen Regierungserklärungen nach irgend einem Anhaltspunkte für diese Insinuation forschen, im Gegentheile, wird man bei einigermaßen gewissenhafter Retrospective finden, daß sich die Regierungskreise gegenüber derartigen, ihnen bisher von verschiedenen Seiten nahegelegten Projecten sehr kühl und abweichend verhielten. Giebt man auf den Ursprung der ganzen Frage zurück, so wird man zudem finden, daß sie zunächst von einer Seite angeregt worden, welche über den Verdacht der Pflege reactionärer Interessen vollkommen erhaben ist, denn irre ich nicht, so war das der oberösterreichische Abgeordnete Göllicher, der diese Frage in ganz concreter Form auf einem Parteitage stellte und auf einen die Reform der politischen Verwaltung Bezug nehmenden Antrag auch durchsetzte. Diese Anregung hat seitdem noch mannigfache Wellen geworfen, allein es wird der Hinweis auf ihren Ursprung genügen, um über die mit derselben verbundene Tendenz klarer zu sehen, als die citirte Correspondenz sehen will.“

Auch die „Nordb. Allg. Ztg.“ drückt den österreichischen Nordpolfahrern ihre wärmsten Sympathien aus und wirft bei dieser Gelegenheit einen Rückblick auf die gemeinsame Culturarbeit der Deutschen in Oesterreich. Das genannte Blatt sagt:

„Wien und mit ihm alle gebildeten Elemente in Oesterreich und Ungarn hat ein in seiner Art einziges Fest gefeiert. Unter Theilnahme der höchsten Staats- und Gemeindebehörden ward von der gesamten Bevölkerung der Reichshauptstadt den Männern ein feierlicher Empfang bereitet, welche von einer ehrenvollen, im Dienste der Wissenschaft unternommenen Aufgabe nach Mühseligkeiten und Gefahren aller Art heimkehrten, mit Beute und Schätzen reich beladen, jedoch nur mit solchen, die nicht durch blutiges Ringen, durch Vernichtung und Zerstörung gewonnen, sondern als Errungenschaften des menschlichen Geistes, menschlicher Beharrlichkeit und Willenskraft zu Ruh und Frommen der gesamten Welt auf dem Altar der Wissenschaft niedergelegt werden konnten.“

Aber nicht allein die Erkenntnis von dem Werthe der der Erdforschung geleisteten Dienste, nicht allein die tiefempfundene Achtung vor dem Muth und der Ausdauer, welche die Mitglieder der Expedition allen Gefahren und Entbehrungen entgegensetzten, sondern vor allem die Freude über die dem österreichischen Namen und der österreichischen Flagge erwachsenen Ehren hat im ganzen Kaiserstaate die herzlichsten und lebhaftesten Huldigungen für die Heimgekehrten wachgerufen. Unter österreichischer Flagge war der „Tegetthoff“ hinausgesegelt in die arktischen Regionen, und österreichische Männer, den verschiedensten Stämmen der vielsprachigen Monarchie angehörend, haben ihre vaterländische Flagge bis zu dem nördlichsten, jemals von einem menschlichen Fuße betretenen Punkte der Erde getragen.

Zum erstenmale war die österreichische Flagge so ausschließlich im Dienste der Wissenschaft entfaltet worden und in Ehren heimgekehrt. Und wie am Staatsleben der österreichischen Monarchie der deutsche Stamm das leitende Element ist, so waren auch die Führer der Expedition Deutsche, denen ihre Gefährten und Untergebenen mit gleicher Ausdauer und Hingebung gleich

muthvoll zur Seite standen. Nicht mit Unrecht haben wiener Blätter in dem Bilde, welches so die Expedition darstellt, ein Bild ihres Staates gefunden, in welchem der deutsche Stamm die österreichische Flagge als Führer in der Entwicklung und Entfaltung aller Kräfte des Reiches voranträgt, und so betonte auch Ministerpräsident Fürst Auerberg den rein österreichischen Charakter der Expedition, welcher derselben einen so jubelnden Empfang eingetragen und diesen zu einem großartigen Ausdruck des österreichischen Gemeingefühls aller Stämme des Kaiserstaates gestaltet habe.

Seit jenen Junitagen des Jahres 1869, da die zweite deutsche Nordpol-Expedition unter König Wilhelms Augen und von seinen theilnehmenden Wünschen begleitet in Bremerhaven die Anker lichtete und bei der Heimkehr im Jahre 1870 vom Bord der auf der Wacht liegenden Panzerfregatte „König Wilhelm“ die Kunde vom dem inzwischen eingetretenen und so glorreich verlaufenen Kriege vernahm, sind mächtige Ereignisse über Deutschland dahingezogen und inmitten des allgemeinen Ringens um die Neugestaltung unserer staatlichen Verhältnisse sind die auf die Erforschung des Nordens gerichteten Bestrebungen in Deutschland noch nicht wieder aufgenommen worden. Mit um so regerer Theilnahme begleitete Deutschland das aus dem befreundeten Nachbarreiche hervorgehende Unternehmen, eine Theilnahme, welche in dem herzlichsten Empfange, den die Heimgekehrten beim Betreten des deutschen Bodens in Hamburg fanden, ihren schönsten Ausdruck erhielt. Jener Empfang bezeugt, daß alle gebildeten Elemente Deutschlands die Erfolge, deren sich wie die Wissenschaft, so auch das befreundete Oesterreich-Ungarn erfreut, wie aufrichtigste Genugthuung begrüßen und daselbe zu treuer gemeinsamer Arbeit wie im Böhmerleben so auch auf dem weiten Arbeitsfelde der Kulturentwicklung und des wissenschaftlichen Strebens herzlich willkommen heißen.“

Aus den Landtagen.

(2. Oktober.)

Böhmen. Der českische Abgeordnete Dr. Gregor interpellirte den Statthalter wegen der Auflösung der Bezirksvertretung von Böhmisches-Brod. Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Paragraphe des Jagdgesetzes wurde einer Commission und der Voranschlag des Normalchulfonds pro 1875 der Budgetcommission zugewiesen. Das G. such der Gemeinde Humpolez wegen Monturlieferungen für die Landwehr und die Marine wird der Regierung zur eingehendsten Würdigung abgetreten. Dr. Gregor brachte einen von 14 deutschen Abgeordneten mitunterschiedenen Antrag auf Aufhebung des Schulgeldes ein. Der Landesausschuß beantragte, eine bisher geleistete und vom Landeschulrath befürwortete Dotation der kuttener Klosterkirche zu streichen, dagegen die arme brandeiser Israelitenschule zu subventionieren, weil deren Erhaltung den Schülern die Möglichkeit biete, Deutsch zu lernen. Die Anträge wurden der Budgetcommission überwiesen. Für Schulbau-Subventionen werden von deutschen Gemeinden 991.000 fl., von českischen Gemeinden 829.000 fl. beansprucht. In der Grundbuchsaftäre bewilligte die Regierung für Böhmen Sonderbestimmungen, welche die politischen Bedenken bezüglich der Erriehung neuer Großgrundbesitz-Wahlstimmen beseitigen. Die Grundbuch-Commission acceptiert dafür die übrigen Punkte der Regierungsvorlage, womit die Differenz erledigt ist.

Dalmatien. Bajamonti und Genossen beantragen eine Adresse an Sr. Majestät um Auflösung des dalmatinischen Landtages. Monti interpellirt die Regierung über den Gebrauch der slavischen Sprache in den Mittelschulen sowie in Gerichts- und politischen Ämtern in Befolgung der Ministerialanordnung vom 20. April 1872, desgleichen in den dem Finanz- und Handelsministerium unterstehenden Ämtern. Bezüglich der beantragten Errichtung einer Ackerbauschule wurde wegen dermaliger Unzulänglichkeit der Landesfondsmittel zur Tagesordnung übergegangen, gleichzeitig aber die Regierung eingeladen, die Interessen des zugewanderten Staatsbeitrages von 20.000 fl. landwirtschaftlichen Studienstipendien zu wahren. Die Gesetzentwürfe zur Modifizierung der Bestimmungen des G. f. über die Rechte des Lehrpersonals und über die Errichtung und Erhaltung der Volksschulen wurden angenommen.

Mähren. Der Statthalter erwidert auf die Interpellation Kufys, daß der Landeschulrath wegen der Errichtung einer zweiten slavischen Lehrerbildungsanstalt verhandelt und daß dieselbe im Jahre 1875 eröffnet werden wird. Auf die Interpellation Fuz erwidert der Statthalter, daß er sich wegen der Wiederherstellung der unmittelbaren Bahnanschlüsse in Größbach neuerlich an das Handelsministerium gewendet habe. Der Landtag bewilligte für die Abgeordneten in Braunsfein und Rattay eine Unterstützung von je 1000 fl. und beschloß die von Fuz und dem Pfarrer Weber begründeten Anträge wegen Gewährung des activen und passiven Gemeindevahlrechtes an die Lehrer und Wandärzte, beziehungsweise Koplane und Cooperatoren, einem eigens zu wählenden Ausschusse zuzuweisen. Der Gesetzentwurf betreffend die Straßenpolizei-Ordnung wurde in dritter Lesung angenommen.

Oberösterreich. Dr. Schaub und Genossen beantragen, der Landesausschuß werde ermächtigt, falls die

Verheerungen durch Borkenkäfer in Oberösterreich größere Dimensionen annehmen sollten, unverzinsliche Vorschüsse dort verabfolgen zu dürfen, wo die Kräfte des Einzelnen zur Abwehr unzureichend sind. Der Gesetzentwurf über die imperative Zusammenlegung der Gemeinden wurde angenommen. In der Abend Sitzung wurde das Landesfondspräliminare erledigt. Als Landesumlage wurden 12 kr. für jeden Steuergulden festgesetzt.

(3. Oktober.)

Bukowina. Der Landtag hat mit unwesentlicher Aenderung einige Paragraphe des Feldschutgesetzes nach der Regierungsvorlage angenommen und unter lebhaftem Beifalle im Hause 2000 fl. für das Denkmal in der Landeshauptstadt votiert, das aus Anlaß der Säcularfeier der Vereinigung der Bukowina mit Oesterreich errichtet wird.

Galizien. Der Landeschulrath legt den Voranschlag des Landeschulfonds vor. Antoniewicz beantragt im Namen der ruthenischen Deputierten die Errichtung einer zweiten Ralschule in Lemberg mit ruthenischer und deutscher Vortragssprache. Strehynski erneuert seinen Antrag auf Errichtung der Stelle eines Landes-Vergräthers. Der Landesausschuß wird ermächtigt, sich an der Herstellung der Sann-Regulierung mit einem Betrage von 50.000 fl. zu betheiligen.

Niederösterreich. Der Landtag brachte Sr. Majestät dem Kaiser aus Anlaß seines Namensfestes eine passende Huldigung dar. Von allgemeinem Interesse sind die Mittheilungen, welche der Landmarschall hierauf in Beantwortung der Staudel'schen Interpellation bezüglich des Verhaltens der beiden Kirchenfürsten, welche im Landtage Birkstimmen besitzen, machte. Cardinal Rauscher erklärte, er werde im Landtage erscheinen, „sobald sich die Verhältnisse so stellen, daß er hoffen kann, dem Reiche oder dem Kronlande Dienste erweisen zu können“; Bischof Binder hingegen schrieb kurz und bündig, er sei aus Amtsrücksichten verhindert, an den Sitzungen theilzunehmen.

Salzburg. Der Landtag nahm die Landesgesetze, betreffend die Aufnahme eines Anlehens von einer Million Gulden seitens der Stadtgemeinde Salzburg, sowie die Bewilligung zur Einhebung einer Hauszinskreuzsteuer für die Stadt Salzburg an.

Steiermark. Varnseind interpellirt den Statthalter, ob die Regierung geneigt sei, die Präklusivzeit zur Einreichung von Reclamationen in Grundsteuerangelegenheiten zu verlängern, beziehungsweise ob dieselbe geneigt sei, diesbezüglich eine Gesetznovelle einzubringen. Hierauf wird zur Verathung der Regierungsvorlage über die Abbederordnung geschritten, deren Ablehnung das Haus beschließt. Nach einer sehr langwierigen Debatte wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines steierischen Landesfondsfonds, angenommen. Außerdem wurde beschlossen, den Unterrichtsminister zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen, wodurch einzelne Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1869, betreffend die Verwaltung des Lehrer-Pensionsfonds, für Steiermark entsprechend geändert werden. Schließlich wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Erhaltung der Mädchenbürgerschule in Graz, angenommen.

Borarlberg. Mehrere Anträge wurden eingebracht, darunter ein Antrag Thurnhersch auf Erlassung eines Volksschulgesetzes auf katholischer Grundlage. Als neue Regierungsvorlagen wurden eingebracht: Ein Gesetzentwurf wegen Feststellung eines dreimonatlichen Schlußtermins für Walschervitaten-Anmeldung und ein Sanitätsgesetz. Das Grundbuchgesetz wurde von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, das Feldschutgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Politische Uebersicht.

Salbach, 5. Oktober.

In allen ungarischen Ministerien ist man, wie der „Börse Lloyd“ erzählt, mit der Zusammenstellung der 1875er Budgetvorlage eifrig beschäftigt. Einige dieser Vorlagen sind schon fertig und sogar gedruckt. So ist der Budgetentwurf des Handels- und Unterrichtsministeriums schon fertig. Das letztere präliminirt ein ebenso hohes Gesamterfordernis als für das Jahr 1874 votiert wurde, wenn die Summen der einzelnen Titel auch von jenen des heurigen Budgets abweichen. Nachdem aber im Unterrichtsbudget ein größeres Einkommen als für das Jahr 1874 präliminirt ist, wird die Budgetvorlage des Unterrichts- und Cultusministers für das Jahr 1875 eine gegen das Jahr 1874 um etwa 30.000 fl. geringeres unbedecktes Erfordernis präliminieren. Auch das Justizministerium soll ein geringeres Erfordernis präliminieren als für das Jahr 1874 votiert war.

Dem deutschen Bundesrathe ist ein Gesetzentwurf, die Regelung des Landsturmes betreffend, zugegangen. Danach kann ein Aufgebot des Landsturmes und die Bestimmung des Anfangs desselben nur durch eine kaiserliche Verordnung erfolgen. Die Vorschriften, für die Landwehr gelten auch für den Landsturm, namentlich die Militärstrafgesetze und die Disciplinarordnung. Der Landsturm, gewöhnlich in besonderen Abtheilungen formirt, kann auch zur Ergänzung der Landwehr dienen. — Derselben Körperschaft wurde der Entwurf eines

Gesetzes betreffend die Abänderung des Postgesetzes im Gebiete des deutschen Reiches vorgelegt. Nach diesem Entwurfe tritt der für das Gebiet des deutschen Reiches festgesetzte Portosatz von 1 Sgr. gleich 10 Markpfennigen für den frankierten gewöhnlichen Brief bis zum Gewichte von 15 Grammen in den Gebieten der süddeutschen Währung an dem Tage der Wirksamkeit, an welchen in diesen Gebieten die Reichsmarkrechnung eingeführt wird. — Im deutschen Reichskanzleramt begannen am 1. d. M. die Verhandlungen der vom Bundesrathe eingesetzten Commission für Medicinalstatistik. In der ersten Sitzung wurde über die Statistik des Heilpersonals verhandelt.

Der „Monde“ veröffentlicht das Resümé einer angeblich zwischen Frankreich und Italien inbetracht des heiligen Stuhles abgeschlossenen Convention. Die „Agence Havas“ erklärt diese Mittheilung für falsch und sagt, daß von einer Convention zwischen Frankreich und Italien keine Rede war. — Das „Journal de Paris“ versichert, der Papst habe an Marshall Mac Mahon ein sehr versöhnliches und sympathisches Schreiben gerichtet. Er lasse in demselben den Bemühungen Frankreichs zu seinen Gunsten volle Gerechtigkeit widerfahren und trage auch den politischen Nothwendigkeiten Rechnung, denen es sich fügen muß.

Die „Gazetta Ufficiale“ veröffentlicht ein Decret, womit die italienische Kammer aufgelöst wird. Die allgemeinen Wahlen finden am 8. und 15. November statt. Das Parlament wird für den 23. November wieder einberufen. Mittels eines anderen Decretes wird Bonghi zum Unterrichtsminister ernannt.

Nach einem Privattelegramme der „Times“ aus Madrid vom 28. September hat am 25. September ein carlistisches Heer von 22 Bataillonen die Stellung des Generals Moriones zu Valsain bei Tafalla in Navarra angegriffen, wurde aber nach einem blutigen Gefechte auf der ganzen Linie zurückgeworfen. Der Verlust der Carlisten war sehr groß und sie sahen sich genöthigt, von der republikanischen Armee Aerzte zur Pflege ihrer Verwundeten zu erbitten. — Der spanische Dampfer „Juan“, welcher von Santander am 30. September in Sligo (Irland) angekommen ist, wurde von dem englischen Küstenoffizier mit Beschlag belegt, weil 13 Armstrong-Kanonen sich an Bord befanden, die angeblich für die Carlisten bestimmt sind. Der Schiffskapitän behauptet, die Kanonen gehörten der Regierung Spaniens und sollten in England repariert werden. Das Schiff wurde noch nicht freigegeben. — Die „Liberator“ glaubt zu wissen, daß die spanische Regierung, wohl wissend, daß der Waffen- und Munitionsmangel für die Carlisten weit mehr auf dem Seewege als zu Lande betrieben werde, entschlossen sei, gegen die Sendungen an gewissen Häfen, besonders aus Antwerpen, zu protestieren.

Wie die russische „St. Petersburgs Zeitung“ meldet, hat sich der Khan von Kholand nach Kasan um Hilfe gegen seine im Aufstande befindlichen Unterthanen gewendet, die russische Regierung habe es jedoch abgelehnt, sich in diese Angelegenheit zu mischen.

Zur Action der Nordpolfahrer.

Vortrag des Oberleutnant Payer:

(Schluß.)

Bei der Rückkehr waren wir an der Hohenlohe-Insel angelangt. Hier überzeugte uns der große Beifall an Zeit, welche wir in diesem Meere verschwendet hatten, von der Nothwendigkeit der Theilung der Mannschaft. Das große Gepäck, der große Schlitten und ein Theil der Mannschaft blieb deshalb unter dem Befehle des Tirolers Haller bei der Hohenlohe-Insel zurück. Das Zeit zerschnitten wir in zwei Theile; die eine Hälfte ließen wir zurück, die andere nahmen wir drei, nämlich Orel, Gutinovich, ich und die zwei Hunde mit uns. So zogen wir nach Norden und versprochen, binnen fünfzehn Tagen zurück zu sein; waren wir es nicht, so sollten sie allein zum Schiffe zurückkehren.

Jetzt begann eine bedenkliche Aenderung der Bahn und eine auffallende Aenderung des Klima. Ueberall war das Eis aufgebrochen, die Temperatur stieg bis auf 10 Grad, der Schnee fiel vor uns plägend, wenn wir uns ihm näherten. Besonders auffallend war die reichliche Entfaltung des Thierlebens, überall ohne Zahl belebten alle Rassen, ihr leidenschaftlicher Sang und ihr Schreien verkündeten uns die beginnende Brutzeit. Während wir bis dahin nur Eisbären gesehen hatten, deren wir im Ganzen 67 erlegten, fanden wir jetzt auch Hasen und Füchse, wenngleich nur ihre Spuren. Alle diese Umstände mahnten uns lebhaft an das offene Polarmeer der Arktikaner, an alle jene Thatfachen, welche gemeiniglich als das sicherste Anzeichen des offenen Meeres angesehen werden. Wir setzten unsere Reise fort; das Eis hob sich immer mehr und mehr und, am Säulencap angekommen, erblickten wir das offene Meer. Die Bahn war zu Ende und wir waren genöthigt, auf das Land überzugehen. Wir zogen also des morgens weiter und gingen in nördlicher Richtung. Wir hatten noch kurzer Zeit die Gewißheit, die Breite von 82° 5' Grad erreicht zu haben. Hier wurde nun in einem Riffe ein Document zurückgelassen und wir pflanzten zum Zeichen unserer Anwesenheit, bevor wir vom nördlichsten Punkte Abschied nahmen, die Flagge Oesterreich-Ungarns auf. (Beifall.)

